

UNION

POSTVERLAGSORT BONN

NR 34 11. JAHRGANG

BONN · 22. AUG. 1957

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

Darum nicht SPD!

Die SPD forderte Ausgabenerhöhung von über 21 Milliarden DM: Der Schritt zur Inflation

„Die Preise runter — darum SPD!“ und „Wer SPD wählt, der sichert stabile Preise, stabile Währung“. Mit diesen Parolen wendet sich die SPD jetzt an den ahnungslosen Wähler. Es genügt ihr nicht, daß gerade die sozialdemokratisch regierten Länder Nordeuropas — Schweden und Dänemark — von den sozialdemokratischen Rezepten alles andere als stabile Währungen und Preissenkungen gewannen.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat festgestellt: 47 v. H. dessen, was die Arbeiter in Schweden zwischen 1954 und 1956 durch Lohnerhöhungen erhielten, wurde von den unter der sozialistischen Wirtschaftspolitik erzielten Preissteigerungen verschlungen. In Dänemark wurden 92 v. H. aller Lohnerhöhungen durch Preissteigerungen verschluckt. In der Bundesrepublik aber gewann der Verbraucher aus Lohnerhöhungen eine Steigerung seiner Kaufkraft um 63 v. H.

Trotz dieser von neutralen internationalen Fachleuten aufgestellten stolzen Bilanz der westdeutschen Wirtschaftspolitik bemüht sich die SPD, mit den Versprechen „Stabile Währung“ und „Preise runter“ Wähler zu fangen. Was davon zu halten ist, läßt sich anhand klarer Zahlen beweisen.

● Die SPD hat in der vierjährigen Amtszeit des 2. Deutschen Bundestages Anträge auf zusätzliche Ausgaben und Steuersenkungen gestellt, die — wären sie nicht von den Regierungsparteien abgelehnt worden — die Staatsausgaben nur des Bundes (nicht der Länder) um insgesamt 21 Milliarden DM — genau: 21 042 992 000 DM — erhöht hätten.

Wäre es zu diesen zusätzlichen Belastungen — Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen — gekommen, dann würden wir heute in der gleichen nackten Inflation leben, die in Schweden und Dänemark um sich greift, wo die Sozialdemokraten in ähnlicher Weise vorgingen.

Gesamtbetrag noch höher

Die von der SPD geforderten zusätzlichen Ausgaben und Steuersenkungen sind in der Zahl von rund 21 Milliarden DM nur bis zum 26. Juni 1957 erfaßt. Es wurden auch in der Berechnung nur diejenigen Anträge einbezogen, welche die

SPD allein im Bundestag einbrachte. Die finanzielle Belastung durch diese Anträge wurde auch jeweils nur für das Jahr, für das der Antrag gestellt wurde, errechnet. Da viele der Anträge Ausgaben nicht nur in einem Jahr, sondern in allen folgenden Jahren bedeutet hätten, wäre die Gesamtsumme wesentlich höher als 21 Milliarden DM.

Schließlich sind alle von der SPD eingebrachten Vorschläge zu einem Antrag, Einsparungen an anderer Stelle vorzunehmen, rechnerisch genau berücksichtigt, das heißt von der den Staat belastenden Summe abgezogen worden. Die Summe von mindestens 21 Milliarden DM zusätzlicher Staatsausgaben ist also keine „Propaganda“, sondern die erschreckende Wahrheit über die Inflationspolitik der SPD.

Die Steuersenkungsanträge liegen allein um fast 6 Milliarden DM über den

vom Bundestag bewilligten Steuersenkungen, genau um 5 967 500 DM. Für den Luftschutz wurden zwischen 1954 und 1957 insgesamt 4,2 Milliarden DM gefordert, obwohl erst jetzt die notwendigen fachmännischen Untersuchungen ange stellt werden konnten, die dem Aufbau eines Luftschutzes vorangehen müssen.

Angst vor Unpopularität

Natürlich hat die SPD keine unpopulären Anträge gestellt. Sie hat — auch das „Vorbild“ der Wohlfahrtsstaaten unter sozialistischer Regierung wie z. B. Schweden und Dänemark, vor Augen — immer wieder neue und höhere Ausgaben gefordert: für die Schulumilchspeisung, für den Schulhausbau, für Sonderzulagen in der Rentenversicherung, für die Umsiedlung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, für Kinderbeihilfen (hier allein 627 Millionen DM). Sie hat mit großem Aufwand ein „Frauenprogramm“ verkündet, nach dem aus öffentlichen Mitteln vom ersten Kind an Kindergeld gezahlt werden soll. Das würde bedeuten, daß sofort neben den großen Ausgaben für den Wohnungsbau oder der Hilfe für die Flüchtlinge jährlich 3,5 Milliarden DM für diesen Zweck aus den Bundessteuern aufgebracht werden müßten.

Um Stimmen zu fangen...

Die CDU hat in weitem Rahmen nach ihrem Grundsatz, eine gerechte Sozialpolitik zu betreiben, soziale Verbesserungen verwirklicht, immer aber mit dem festen Willen, keine Gefährdung des durch den Wirtschaftsaufstieg Erreichten zuzulassen. Die Sozialdemokratie nimmt für sich in Anspruch, als Oppositionspartei verantwortungsvoll an der wirtschaftlichen Sicherung der Bundesrepublik mitarbeiten zu wollen. Die Zusammenstellung ihrer Mehrforderungen, die gestellt wurden, um Stimmen zu fangen, zeigt aber, daß dies nicht der Fall ist.

Es wäre eine gefährliche Täuschung, anzunehmen, die SPD würde — käme sie an die Regierung — eine maßvollere

Politik in Sachen Geld betreiben. Gerade Schweden, das von den Sozialdemokraten (zusammen mit der Bauernpartei) regiert wird, beweist das Gegenteil:

Der führende Nationalökonom der schwedischen Gewerkschaften, Gösla Rehn, schrieb kürzlich in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Tiden“:

„Die Sozialdemokratie ist auf der Forderung nach einem gerechten Staat aufgebaut. Aber unsere Taten werden durch die Inflation bedroht. Denn Inflation ist Ungerechtigkeit. Unsere Partei hat eine Popularitätseinbuße erlitten, und zwar darum, weil Parteiführung und Reichstagsfraktion Angst vor unpopulären

Maßnahmen hatten, die erforderlich gewesen wären, um den Inflationsdruck zu beseitigen."

Das höchste Defizit

Die SPD hat mit ihren 21-Milliarden-Anträgen gezeigt, daß sie, um der Popularität willen die Inflation zu riskieren bereit ist. Die schwedischen Sozialdemokraten müssen sich von einem ihrer eigenen Wirtschaftstheoretiker bescheinigen lassen, daß sie nicht den Mut haben, die Inflation mit unpopulären Maßnahmen zu bekämpfen. So stieg in Schweden der

Lebenshaltungskostenindex von 100 (1949) auf 143 im März 1957. Die Außenhandelsbilanz Schwedens erreichte infolge der Teuerung der exportierten schwedischen Waren — Exportrückgang! — einen Fehlbetrag von 1,38 Milliarden Kronen — ein Defizit, wie es seit 1947 in Schweden nicht mehr dagewesen ist.

Das Beispiel der SPD-Anträge und die Erfahrungen mit der Popularität haschenden sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in Schweden zeigen, was wir von einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik zu befürchten hätten: die Inflation.

DGB und Parteipolitik

Aufruf des Bundesvorstandes — Stimmen zur Wahl

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat, wie u. a. die „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. August 1957 meldet, seine Funktionäre angewiesen, keine Erklärungen abzugeben, die den Anschein erwecken könnten, als handele es sich um Stellungnahmen der Gewerkschaften für die eine oder andere Partei. Dies gelte insbesondere für Wahlversammlungen.

Die nachstehenden Äußerungen maßgebender DGB-Funktionäre sind nicht auf Wahlversammlungen, sondern auf Gewerkschaftsversammlungen gefallen oder in Organen für die DGB-Mitglieder veröffentlicht worden:

„In einer sehr gut besuchten Versammlung des DGB-Kreisfrauenausschusses sprach am Wochenende im Gewerkschaftshaus Bundestagsabgeordneter Arno Behrisch (SPD, d. Red.) über ‚die Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft‘. Kreisausschußvorsitzender (des DGB, d. Red.) Hans Schiller ermahnte zur Wachsamkeit und Teilnahme an der Bundestagswahl. Er wies dabei darauf hin, daß die Interessen der Schaffenden noch immer am besten durch die SPD gewahrt

wurden, weshalb die Gewerkschaftler am 15. September ihre Stimme auch der SPD und ihren Kandidaten geben werden.“

„Oberfränkische Volkszeitung“ (SPD) Organ für jedermann aus dem Volke, vom 20. August 1957.

„Es handelt sich um den Protest gegen die unerträgliche Bevormundung eines ganzen Volkes durch einen alten Mann. . . Durch das Auftreten des Bundeskanzlers im Wahlkampf ist der Bogen auf eine Art und Weise überspannt worden, daß man sich die weitere Entwicklung der parlamentarischen Demokratie auf dieser personellen und parteimäßigen Basis nicht mehr vorstellen

kann. Die Führergestalten der letzten Jahrzehnte, über Wilhelm II. zu Ludendorff und Hitler haben das deutsche Volk genügend gekostet. Was wir heute brauchen, ist der Ausgleich gewisser Interessen, ein Verstehenwollen verschiedener Bevölkerungsschichten und die Einhaltung der Spielregeln echter Demokratie, und diese Programmpunkte kann Konrad Adenauer nicht mehr erfüllen. Er würde nach diesem Wahlkampf mit seinen Auswüchsen nur noch als Vertreter eines einseitig und fanatisch orientierten Volksteils agieren können, und deshalb ist zu hoffen, daß die Entscheidung in den Septemberwahlen ihm und seiner Partei beweisen, daß es so wie bisher nicht weitergeht.“

Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart, vom 15. August 1957 unter der Überschrift „Der alte Mann und sein Volk“

„Mit großer Sorge haben die Delegierten des DGB-Kreisausschusses aber auch davon Kenntnis genommen, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer auf dem CDU-Parteitag in Nürnberg die Ansicht vertreten hat, daß ein Wahlsieg der SPD dem Untergang Deutschlands gleichzustellen sei. Dieser Äußerung, die an die Tonart eines Hitlers erinnert, hat bei allen ehrlichen Demokraten Empörung hervorgerufen. Es zeigt sich, welches Maß der Verwilderung Wahlkämpfe annehmen können, wenn Politiker den Haß zum Motor ihres Handelns machen. Aus tiefer Verantwortung gegenüber der Bremerhavener Arbeitnehmerschaft, aus der historisch erhärteten Tatsache, daß die Ausschaltung der Gewerkschaften schon einmal mit der Zerschlagung der Sozialdemokratie eingeleitet wurde, und aus der bitteren Erkenntnis, daß diese Politik zur Diktatur und in den zweiten Weltkrieg führte, erklären die Delegierten des DGB: Die Existenz der Gewerkschaften ist unabänderlich mit der Stabilität des demokratischen Staates verbunden. Wer an den Grundfesten der Demokratie rüttelt, rüttelt damit gleichzeitig an den Grundfesten der Gewerkschaftsbewegung. Im Hinblick auf die unverändert kritische Lage der arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik, haben die Gewerkschaften darum die uneingeschränkte Pflicht, jeden Angriff auf die Demokratie abzuwehren. Die Äußerung des CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer in seiner Nürnberger Rede war ein solcher Angriff.“

Außerordentliche Delegiertenversammlung des DGB-Kreisausschusses Bremerhaven-Wesermünde, laut „Bremerhavener Bürgerzeitung“ v. 17. August 1957

Hoffnung auf KP-Stimmen

Eine Wahlanalyse des SPD-Zentralorgans

Die Machthaber in der Zone haben die Kommunisten aufgerufen, bei der Bundestagswahl ihre Stimme der SPD zu geben. Die SPD wird seither nicht müde, zu behaupten, dieser Aufruf sei in Wahrheit nur ein raffiniertes Dolchstoß-Versuch gegen die Sozialdemokraten und eine Unterstützung für die CDU, der Ulbricht damit „das begehrteste Propaganda-Argument liefere.“

Daß die SPD-Führung trotz dieser Behauptung mit Stimmen der Kommunisten zu ihren Gunsten rechnet, beweist eine Wahlanalyse, die im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ vom 16. August veröffentlicht wurde. In dieser Analyse wird vorgerechnet, in welchen Wahlkreisen die Sozialdemokratie sich an die Spitze zu setzen hofft. „In Nordrhein-Westfalen befindet sich die Sozialdemokratie heute in einer wesentlich günstigeren Ausgangsposition als vor vier Jahren“ schreibt der „Vorwärts“. Weiter heißt es da:

„Das Ergebnis der Wahlen in einigen der genannten nordrheinisch-westfälischen

Wahlkreise könnte auch von den Stimmen beeinflusst werden, die durch das Verbot der KP freigeworden sind. 1953 hatte die KP im Landesdurchschnitt einen Stimmenanteil von 2,2 Prozent zu verzeichnen, doch lag dieser in einigen Wahlkreisen wesentlich höher, beispielsweise in Remscheid-Solingen (12,1 Prozent) und in Wuppertal (4,5 bzw. 4,9 Prozent). In Betracht zu ziehen wäre auch die Auflösung der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns, die 1953 im Landesdurchschnitt 1,4 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.“

Schon vergessen?

Vor zehn Jahren stand es in der Zeitung:

„In einer Pressekonferenz hat General Clay bekanntgegeben, in den großen Städten werde eine kleine Kohlenzuteilung für den Hausbrand gegeben werden. Der Bedarf der kleineren Städte an Brennmaterial müsse hingegen auch weiterhin mit Holz gedeckt werden.“

„Stuttgarter Zeitung“, 19. Juli 1947

Wende in der Sozialpolitik

Dr. Adenauer: Unser Weg zur Rentenreform

Das Bulletin der Bundesregierung veröffentlichte einen Artikel von Bundeskanzler Dr. Adenauer, in dem dieser die Rentenreform in den größeren Zusammenhang der „umfassenden Sozialreform“ rückt. Wir geben die Ausführungen des Kanzlers nachstehend im Auszuge wieder:

„Die Sozialreform war notwendig, weil sich seit der Einführung der Sozialversicherung unter Bismarck die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland von Grund auf geändert hatten. So mußte das Ziel einer Sozialreform sein, die Wandlung der deutschen Gesellschaftsstruktur in der Sozialgesetz-

gaben stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit unserer Rentenreform.

Zu den wesentlichen Grundsätzen, die bei dieser Reformarbeit berücksichtigt werden sollten, gehört unter anderem der Gedanke der wechselseitigen Verbundenheit und Verantwortlichkeit ohne Beeinträchtigung des Arbeitswillens, der eigenen Initiative und der eigenständigen Selbsthilfe. Außerdem mußte durch einen Akt sozialer Gerechtigkeit endlich etwas für die alten Leute geschehen, deren Einkommen während des westdeutschen Wirtschaftsaufschwungs hinter dem der anderen Bevölkerungsschichten zurückgeblieben war.

Ein soziales Unternehmen von solchen Ausmaßen war nur bei einer günstigen Entwicklung der Wirtschaft und bei der Erhöhung des Sozialprodukt möglich. Diese Voraussetzungen waren in der Bundesrepublik glücklicherweise gegeben. Das westdeutsche Sozialprodukt war von 134,3 Milliarden DM auf 180,2 Milliarden DM 1956 gestiegen. Außerdem war es in dieser Zeitspanne gelungen, die Arbeitslosen noch intensiver in die Wirtschaft einzugliedern. Unsere Wirtschaft ist heute voll beschäftigt.

Die Wechselwirkung

Bei der Rentenreform wurde von neuem die enge Verbundenheit von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik offenbar. Eine vernünftige erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die Voraussetzung einer leistungsfähigen Sozialpolitik. Eine sinnvolle Sozialpolitik aber schafft wieder eine Reihe unentbehrlicher Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg. Die Jahre seit 1949 mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik und der fortschreitenden sozialen Sicherung sind ein anschaulicher Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung.

Es hat sich in den wenigen Monaten seit dem Inkrafttreten des Gesetzes bereits gezeigt, daß es wirklich eine Wende der Sozialpolitik darstellte und den Rentenempfängern eine fühlbare zusätzliche Hilfe brachte.

Zu dem bedeutenden sozialen Fortschritt dieser Reform kamen noch einige andere Verbesserungen. Die knappschaftliche Rentenversicherung wurde dem Grundgedanken der Produktivitätsrente angepaßt. Die Arbeiter erhalten in Zukunft höhere Unterstützungen in Krankheitsfällen. Gleichzeitig wurden die Unfallrenten erhöht und die Reform auch dieser Versicherung eingeleitet. Die Altersversicherung der Landwirte sowie die Neugestaltung des Rechts der Krankenversicherung und des Fürsorgerechts sind weitere Teilgebiete unserer großen sozialen Reformarbeit. Es gehört zum Wesenszug der sozialen Marktwirtschaft, daß diese fruchtbare Arbeit folgerichtig weitergeführt wird.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde!

Der Endspurt dieses Wahlkampfes hat begonnen. Nicht zuletzt dank Ihres aufklärenden Wirkens ist für die deutsche Öffentlichkeit klar herausgearbeitet: Am 15. September geht es um die Entscheidung zwischen der Politik der Regierung Adenauer und allem, was sie in achtjähriger Arbeit erreicht hat, und auf der anderen Seite dem Weg ins Ungewisse, den die Opposition einschlagen will. Seit dem ersten Januar hat „Union in Deutschland“ versucht, Ihnen für diese Aufklärung das Handwerkszeug zu geben, indem sie Tatsachen beibrachte und Zusammenhänge aufwies. Der rege Briefwechsel, der sich zwischen uns entsponnen hat, scheint mir ein Beweis dafür, daß zwischen UfD und den Lesern ein echtes Vertrauensverhältnis entstanden und daß Ihnen der wöchentliche Informationsdienst ein guter Begleiter geworden ist.

Gestützt auf diese Beobachtungen halte ich es für richtig, auch wenn der Wahlkampf noch im vollen Gange ist, doch mit Ihnen einmal über die Zeit nach der Wahl zu sprechen. Wir haben seit dem ersten Januar „Union in Deutschland“ in großem Umfang an alle Vertrauensleute und Redner gesandt, und der Informationsdienst hat wesentlich dazu beigetragen, alle Zweige der Union zu verbinden und die Einheitlichkeit des Wahlkampfes zu sichern.

Sie werden Verständnis dafür haben, daß die kostenlose Leistung auf dieser breiten Basis auf die Dauer unmöglich ist, und daß wir Sie alle im Rahmen Ihrer Möglichkeiten um einen Unkostenbeitrag bitten müssen, der uns die Lieferung des UfD ermöglicht. Er ist niedrig gehalten. Wie Sie in dieser Nummer aus einer Verlautbarung an anderer Stelle ersehen, beträgt er eine Mark den Monat.

Aus organisatorischen Gründen müssen wir Sie schon jetzt um die Regelung des Weiterbezugs bitten. Ich hoffe, daß Sie nicht darauf verzichten wollen, sich auch weiterhin nach der Wahl durch „Union in Deutschland“ informieren zu lassen. Schon zeichnen sich neue Aufgaben ab, Wahlen in wichtigen Ländern der Bundesrepublik oder in der Bundespolitik die großen Aufgaben, die der dritten Bundesregierung nach dem 15. September gestellt sind. Über das alles werden wir weiter in Verbindung bleiben und uns an dieser Stelle aussprechen müssen, wie wir es seit Beginn dieses Jahres getan haben.

Ihr

Bruno Heck

Erhards Rezept

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 20. August 1957 berichtet, haben schwedische Zeitungen in Anzeigenform einen offenen Brief an den Staatsminister Gerlander veröffentlicht, in dem diesem empfohlen wird, sich mit dem Buch des Bundeswirtschaftsministers Erhard „Wohlstand für alle“ eingehend zu beschäftigen. In dem offenen Brief heißt es u. a.:

„Minister Erhard wird mit Recht als Europas größter Wirtschaftspolitiker und als strahlender Missionar für gute Wirtschaftspolitik betrachtet. Er hat im Laufe einiger Jahre die westdeutsche Valuta von der weichsten in die härteste Europas verwandelt. Die prozentuale Erhöhung des Lebensstandards unter seiner Zeit als Wirtschaftsminister ist die größte, die Europa, ja die Welt, je gesehen hat. In „Wohlstand für alle“ finden Sie eine ausführliche Analyse von Erhards Wirtschaftspolitik. Sein Rezept hat generelle Gültigkeit. Es gilt also auch für unser Land.“

gebung der Bundesrepublik zu berücksichtigen und eine soziale Sicherheit herbeizuführen. In diesen Bereich einer „umfassenden Sozialreform“, wie sie in der Regierungserklärung 1953 genannt wurde, gehören außerdem die Bestrebungen zur Förderung der Familie, insbesondere der familiengerechte Wohnungsbau, die familiengerechte Steuerpolitik, die Familienausgleichskassen und die Familienrechtsreform. Diese Auf-

An unsere Bezieher

Dieser Ausgabe von „Union in Deutschland“ ist eine Zahlkarte für die Überweisung der Bezugsgebühren beigelegt. Der Unkostenbeitrag für „Union in Deutschland“ beträgt DM 1,— je Monat, zahlbar vierteljährlich in Höhe von DM 3,—. Wir bitten Sie, den Betrag von DM 3,— für das letzte Vierteljahr 1957 (Oktober bis Dezember) auf der beiliegenden Zahlkarte möglichst umgehend, spätestens bis zum 3. September 1957, einzuzahlen, damit die Weiterbelieferung durch den Postzeitungsdienst ohne Unterbrechung gewährleistet bleibt.

Verlag „Union in Deutschland“

Nicht vergessen: Briefwahl

Zum 15. September Stimmabgabe durch die Post

Das Wahlgesetz zum 3. Bundestag hat die Briefwahl eingeführt. Der Wähler, der am Wahlsonntag verhindert ist, in seinem Wahlbezirk zu wählen, kann durch die Post seinen ausgefüllten Stimmzettel an den Heimatwahlkreis schicken. Die Regelung von 1953, wonach jeder Wähler mit einem Wahlschein in jedem beliebigen Wahllokal des Bundesgebietes seine Stimme abgeben konnte, besteht nicht mehr.

Was heißt Briefwahl?

Briefwahl heißt Stimmabgabe durch die Post. Sie kann vom In- und Ausland aus erfolgen. (Für Reisen in die Sowjetzone: Wahlbrief möglichst vorher abschicken. Es ist nicht zu empfehlen, ihn in der Sowjetzone aufzugeben).

Die Briefwahldokumente können aber auch beim Kreiswahlleiter am Wahltag bis 18 Uhr abgegeben werden.

Wichtig: Der Wahlbrief muß so rechtzeitig aufgegeben werden, daß er beim Postamt des Kreiswahlleiters spätestens 18 Uhr am Wahltag eingetroffen ist.

Der Wahlbrief braucht im Inland nicht frankiert zu werden; wird er im Ausland zur Post gegeben, muß er regelrecht freigemacht werden.

Wer darf durch Briefwahl wählen?

a) Wer sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grund außerhalb seines Wahlbezirkes aufhält.

Wichtiger Grund ist auch die Erholungs- und Urlaubsreise. Außerdem selbstverständlich geschäftliche und andere Abwesenheit.

b) Wer infolge Krankheit, hohen Alters oder wegen seines körperlichen Zustandes das Wahllokal nicht oder nur sehr schwer besuchen kann.

Alte und Kranke müssen nachdrücklich auf diese bequeme Form der Stimmabgabe hingewiesen werden!

Wichtig: Der Antrag auf Briefwahl kann durch einen anderen mit Vollmacht gestellt werden!

c) Wer nach dem 1. September 1957 seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat. Außerdem in der Regel derjenige, der wahlberechtigt, aber nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. (Näheres Bundeswahlordnung § 22, Abs. II.)

Wie wird die Briefwahl beantragt?

1. Der Wähler oder sein Bevollmächtigter beantragt bei der Gemeindebehörde einen Wahlschein und erklärt im Antrag, daß er durch Briefwahl wählen will.

2. Der Grund für die Ausstellung des Wahlscheines muß glaubhaft gemacht werden.

Glaubhaft machen heißt nicht beweisen, sondern die Behörde von der Richtigkeit der Angaben überzeugen.

Schwierigkeiten sind hier kaum zu befürchten.

Wann kann die Briefwahl beantragt werden?

Die Briefwahl kann in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern bis zum 13. September, 18 Uhr, in kleineren Ortschaften bis zum 14. September 12 Uhr mittags beantragt werden.

Beachte: In Sonderfällen (Bundeswahlordnung, § 22, 176 s. II) kann der Antrag noch am Wahltag bis 12 Uhr gestellt werden.

Wahlscheine und Briefwahldokumente werden nicht vor dem 1. September erteilt; jedoch kann der Antrag früher gestellt werden.

Wie wird durch Briefwahl gewählt?

Der Wähler erhält folgende Dokumente:

- 1 Wahlschein,
- 1 amtlichen Stimmzettel des Wahlkreises,
- 1 amtlichen Wahlumschlag und eine Siegelmarke zum Verschließen,

d) 1 Wahlbriefumschlag auf dem die Adresse des Kreiswahlleiters angegeben ist.

Folgendes hat der Wähler zu tun:

- Er kennzeichnet den Stimmzettel persönlich, d. h. kreuzt in der linken Spalte den Kandidaten und in der rechten die Partei an,
- er unterschreibt die auf dem Wahlschein vorgedruckte eidesstattliche Erklärung und trägt Ort und Datum ein,
- er legt den Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlag (das ist der nicht adressierte Umschlag) und verschließt den Wahlumschlag mit der Siegelmarke,
- diesen verschlossenen Wahlumschlag und den ausgefüllten Wahlschein (der also nicht in den Wahlumschlag gehört!) steckt der Wähler in den größeren Wahlbriefumschlag, (das ist der adressierte Umschlag),
- er verschließt diesen äußeren Umschlag und gibt ihn zur Post.

Rechtsmittel:

Wird der Antrag auf Briefwahl abgelehnt, muß dagegen umgehend bei der Gemeindebehörde Einspruch eingelegt werden. Beharrt die Gemeindebehörde auf ihrer Entscheidung, so ist dagegen Beschwerde an den Kreiswahlleiter binnen 2 Tagen zulässig.

In höchsten Staatsämtern

Neuer FDP-Angriff gegen hessische SPD-Regierung

Der FDP-Bundestagskandidat, Prof. Dr. Erich Schwinge, Marburg, über dessen Angriffe auf die Personal- und Ausgabenpolitik der hessischen SPD-Regierung wir mehrfach berichtet haben (Union in Deutschland Nr. 22, 26, 27, 33), setzt seine Kritik an der SPD-Regierungspolitik fort. Bereits der erste dieser Angriffe, vorgebracht auf dem Landesparteitag der FDP im Mai in Alsfeld, war ausdrücklich vom FDP-Landesvorstand gutgeheißen worden. Prof. Schwinge schreibt in einem neuen Artikel („Kasseler Post“, 16./17. August 1957) über zwei SPD-Mitglieder der hessischen Regierung:

„Zwei der höchsten Staatsämter werden in unserem Lande also von Männern eingenommen, die — an maßgeblicher Stelle stehend — den Untergang der Ost-SPD mit herbeigeführt haben,

Prof. Schwinge berichtet, die KPD in der Sowjetzone habe 1946, als sich in der Zonen-SPD starke Widerstände gegen die geplante Einheitspartei zeigten, den Hebel im Land Sachsen angesetzt, um einen Einbruch in die SPD zu erzwingen. „Am 7. April 1946 faßten die Delegierten der sächsischen Landesverbände beider Parteien — einstimmig und ohne Stimmenthaltung — den Beschluß, sich zu einer neuen Partei, der SED, zusammenzuschließen.“ Nach diesem Erfolg sei am 21. April 1946 in Berlin der Gesamtzusammenschluß beschlossen worden.

„Jene zwei prominenten Mitglieder unserer (heutigen d. Red.) Landesregierung aber, die an den so überaus bedeutsamen Vorgängen in Sachsen führend beteiligt waren, sind Kultusminister Hennig und Staatssekretär Dr. Schuster gewesen. Sie haben beide für die Vereinigung gestimmt, beide die kommunistischen Kampfparolen und Wegweisungen

der Entschließung bejaht und beide auch dem neugebildeten Landesvorstand der SED angehört.“

Prof. Schwinge bezieht sich auf das Buch von Wolfgang Leonhardt „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ und weist darauf hin, bei den Abstimmungen habe keinerlei Zwang geherrscht. So hätten in Berlin 21 Delegierte gegen die neue Parteisatzung gestimmt und vier weitere sich der Stimme enthalten. Ungeachtet dieser Entschließungsfreiheit hätten der heutige Minister Hennig und der derzeitige Staatssekretär Dr. Schuster damals als Delegierte der SPD nicht gegen den Zusammenschluß gestimmt.

Schwinge schreibt ferner: „In die erste Auflage des ‚Handbuchs des Deutschen Bundestages‘ vom Jahre 1949 ließ der damalige Bundestagsabgeordnete Hennig als Teil seines Lebenslaufes den Satz aufnehmen: ‚Als Gegner der Verschmelzung SPD-KPD Flucht aus der Ostzone‘ (!). Diese Behauptung enthielt eine glatte Unwahrheit . . .“ In der zweiten Auflage des Handbuchs habe Hennig bei sonst unverändertem Text seines Lebenslaufes den zitierten Satz streichen lassen.

Schlagringe und Gummiknüppel

Dokumente als Antwort auf eine Unterstellung

Die CDU führt den Wahlkampf mit den besseren Argumenten, nicht mit den lautereren Stimmen oder den stärksten Fäusten. Sie hat Ausschreitungen ihrer politischen Gegner, wie z. B. systematische Störungen von Wahlversammlungen oder Beschädigungen von Wahlplakaten, die sich an mehreren Stellen ereigneten, bisher nicht zum Anlaß genommen, diese Wahlkampfmethoden ihrer Gegner zu kritisieren. Es blieb dem SPD-Presseschef Fritz Heine vorbehalten, mit unbewiesenen Vorwürfen die CDU/CSU eines „SA- und SS-Terrors“ zu bezichtigen.

So meldete dpa am 18. August 1957:

„In zahlreichen Orten kam es am Wochenende nach einer Mitteilung des SPD-Presseschefs Fritz Heine zu Zwischenfällen bei SPD-Kundgebungen. Plakate und Werbekästen der SPD seien zerstört, beschädigt oder gestohlen worden. Filmvorführungen hätten unterbrochen werden müssen, und es sei versucht worden, Wagen von SPD-Sprechern umzuwerfen. „Gröhlende Haufen der CDU-Schlägergruppen“ hätten Versammlungen gestört. Die SPD werde sich, so betonte Heine, diesen neuene „SA- und SS-Terror“ der CDU/CSU nicht gefallen lassen.“

Dazu ist festzustellen:

1. SPD-Presseschef Fritz Heine ist bisher den Beweis für seine Behauptungen schuldig geblieben.
2. Die von SPD-Presseschef Heine geschilderten Methoden werden von den politischen Gegnern der CDU/CSU angewandt. Dies zeigen die Meldungen der Kreis- und Landesverbände aus allen Teilen der Bundesrepublik. Folgende Tatsachen sind festzuhalten:

Hessen: In der Nacht vor SPD-Veranstaltungen in Nidda Krs. Büdingen am 10 und 11. August wurden im gesamten Bezirk sämtliche Plakate der nichtsozialistischen Parteien einschließlich der Plakatständer zerstört.

In der Nacht vor einer SPD-Veranstaltung am 18. August in Gießen wurden an den Zufahrtstraßen nach Gießen rund 100 CDU-Plakate abgerissen.

Hamburg: Am Freitag, dem 16. August wurde eine Jungwählerversammlung in Hamburg, auf der Bundesverteidigungsminister Strauß sprach, systematisch gestört. Aus dem Bericht der Zeitung „Die Welt“ mit der Unterzeile „Organisierter Radau“:

„Fünf Minuten waren vergangen, und schon mußten die ersten Saalordner eingreifen, um die Zwischenrufer, die es offensichtlich auf eine Störung um jeden Preis angelegt hatten, gewaltsam hinauszubringen“. „Wieder Tumulte, und dann plötzlich laut und lauter werdend: ‚SPD! — SPD! — SPD! Für Minuten wurde der Minister durch den Sprechchor unterbrochen“. „Sichtlich erregt, fuhr Strauß fort: ‚Das deutsche Volk wird nicht diesen Abenteuern seine Stimme geben‘. Piui-Rufe, Gejohle. ‚Doch!‘, ‚SPD!‘“

Soweit der Zeitungsbericht. Dazu berichtet ergänzend der Landesverband: Die Ordner der Jungen Union wurden im hinteren Teil des Saales verschiedent-

lich mit Schlagringen und Gummiknüppeln bedroht. Der Landessekretär der Jungsozialisten befand sich inmitten eines Haufens seiner Anhänger, von wo aus die Versammlung unter seiner Führung besonders gestört wurde.

Die Jungsozialisten haben am Freitag eine Plakataktion für einen „fairen und sachlichen Wahlkampf“ eingeleitet. Auf dem Plakat heißt es: „Lüge und Verleumdung im politischen Meinungsstreit zerstören das Vertrauen in unsere junge Demokratie. Die Jungsozialisten fordern alle Parteien auf, den Wahlkampf fair und sachlich zu führen. Die Wähler sind auferufen, allen unsauberen Mächtschaften entgegenzutreten.“

Der Vorstand der Jungsozialisten in der SPD teilte am Freitag mit, die Jungsozialisten hätten mit großer Sorge beobachtet, daß der Wahlkampf Formen angenommen habe, die einer politischen Auseinandersetzung demokratischer Parteien unwürdig seien.

dpa, 9. August 1957

In verschiedenen Stadtteilen sind den Plakaten mit dem Bild des Bundeskanzlers die Augen ausgekratzt worden. Stellschilder wurden umgeworfen und beschädigt, die Spanndrähte teilweise durchgeschnitten.

Umgang mit der Wahrheit

Heckenschützen - mit Platzpatronen

In einer Antwort auf die Feststellung, daß eine große Zahl der Bundestagsabgeordneten der SPD in den amtlichen Unterlagen keine Angaben über ihre Religionszugehörigkeit machen, schreibt die der SPD nahestehende „Westfälische Rundschau“ (13. August 1957):

„Jetzt aber wirklich neugierig geworden, wenden wir uns den Abgeordneten der ‚Christlich-Demokratischen Union‘ zu. Ob wir hier möglicherweise ebenfalls einen oder zwei ‚Dissidenten‘ finden? Aber nein doch — es sind nicht zwei, auch nicht 20, sondern gleich 71 ‚Dissidenten‘! 71 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion machen nämlich keine Angaben über ihre Konfession! Namen von Rang und Klang in der Christlich-demokratischen Prominenz sind darunter zu finden: Bundeswirtschaftsminister Erhard, Bundesinnenminister Schröder, Bundesarbeitsminister Storch, Bundesvertei-

Bremen: Adenauer-Plakate wurden systematisch mit Hitlerbart und -locke übermalt.

Niedersachsen: In der Stadt Hannover wurden zwei Fotomontagen niedrigerissen.

Am 16. August wurde ein Filmwagen der CDU in Arzen, Kreis Hameln, während der Vorführung beschädigt. Der Filmvorführer wurde angegriffen, die Apparatur herausgerissen und auf die Straße geschleudert. Die Einrichtung des Wagens ist zerstört. Arzen ist ein ausgesprochener SPD-Ort.

An vielen Orten Niedersachsens wurden Plakate der CDU zerrissen und beschädigt.

Rheinland-Pfalz: In Willmerod/Montabaur wurden Plakate nachweislich von SPD-Angehörigen abgerissen. Strafantrag ist gestellt. Adenauer-Plakate wurden in vielen Orten beschädigt.

Rheinland: In Köln-Stadt Zerstörung von 60 elastischen Werbesäulen und von 2 Spruchschlagsäulen, aus dem Bild des Bundeskanzlers wurde ein Hitler gemacht.

Auch in Duisburg wurde eine Foto-Großmontage mit Ständer umgeworfen. In Düsseldorf wurden von allen Dreiecksäulen Plakate abgerissen.

In Solingen sind drei Foto-Großmontagen beseitigt worden. Im Bezirk Köln-Land wurden zwei Foto-Großmontagen mitsamt Ständer umgeworfen.

Baden: Täglich werden Plakate der CDU überklebt, beschädigt oder entfernt. In Bühl wurden an sämtlichen Anschlagssäulen aus dem Bild des Bundeskanzlers ein Hitler gemacht.

Einem CDU-Redner wurde das Benzin aus dem Wagen abgelassen, einem anderen die Reifen des Wagens zerschnitten.

Saar: In den Kreisen St. Ingbert und Saarlouis wurden Adenauer-Plakate durch handbreite Streifen mit dem Aufdruck „der die Saar verschachern wollte“ überklebt. In Sulzbach wurde ein Schaukasten zerstört. Beschädigung von Plakaten vereinzelt in allen Kreisen.

digungsminister Strauß, dessen Vorgänger Blank, Bundesfamilienminister Würmeling, Bundesminister Lemmer, Bundestagsvizepräsident Jäger und manche andere mehr, nicht zu vergessen den intimen Adenauer-Freund Pierdmenges!“

Diese Feststellungen sollen, wie die Zeitung schreibt, aus einem „Handbuch des Deutschen Bundestages“ stammen. Der Beitrag der „Westfälischen Rundschau“ zeigt indessen, wie leicht es sich die Gegner der CDU mit der Wahrheit tun. Denn: Im „Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953“, herausgegeben vom Deutschen Bundestag, bearbeitet von der Bundestagsverwaltung, ist bei jedem der aufgezählten CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten die Konfession angegeben. Ebenso fehlt sie in diesem Handbuch bei einer großen Zahl von SPD-Abgeordneten.

Wer spricht wann und wo?

Die Wahlkundgebungen der CDU/CSU

27. August 1957

Minister Lemmer	Ahrweiler
Minister Dr. Lübke	Bitburg
K. G. Kiesinger, MdB	Rheydt
Minister Strauß	Essen
Dr. Hellwig, MdB	Dortmund
Minister Dr. Wuermeling	Dieburg
Minister Dr. Osterloh	Gronau, Oldendorf

28. August 1957

Bundeskanzler Dr. Adenauer	Lübeck
Minister Dr. v. Brentano	Wittlich
Minister Prof. Erhard	Völklingen
Ministerpräsident a. D. Arnold	Karlsruhe
Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier	Berleburg, Siegen
Minister Lemmer	Salzfluren, Lemgo, Rinteln, Bückeberg
Minister Storch	Wanne-Eickel
Ministerpräsident v. Hassel	Lübeck
K. G. Kiesinger, MdB	Düsseldorf
Minister Strauß	Linz/Rhein, Andernach
Dr. Hellwig, MdB	Hanau

29. August 1957

Minister Dr. v. Brentano	Heidelberg
Minister Prof. Erhard	Saarbrücken
Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier	Bremen
Minister Lemmer	Hildesheim, Hannover
Minister Storch	Karl-Hüls
Ministerpräsident v. Hassel	Clausthal, Duderstadt
K. G. Kiesinger, MdB	Hamburg
Minister Strauß	Moers, Krefeld
Dr. Hellwig, MdB	Wiesbaden
Minister Dr. Wuermeling	Mosbach
Minister Dr. Osterloh	Schwetzingen, Hockenheim

Um schnell voranzukommen

Der 1. Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, hat am 17. August seine Wahlreise durch das Bundesgebiet begonnen. Er benutzt dazu ein zweimotoriges, fünfsitziges Flugzeug. Dazu schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 14. August:

„Die Maschine wird von einem ‚neutralen‘ Piloten, dem Schweizer Hegetschweiler gesteuert und ist vom Parteivorstand der Sozialdemokraten in Frankfurt geschartert. Um schnell voranzukommen, wird der gegen die Einbeziehung Deutschlands in die Militärblöcke sprechende Oppositionsführer auch die Flugplätze der NATO in Westdeutschland, so den in Landstuhl, benutzen.“

30. August 1957

Minister Dr. von Brentano	Offenburg
Minister Prof. Erhard	Zweibrücken
Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier	Wuppertal, Mülheim/Ruhr
Ministerpräsident von Hassel	Hann.-Münden, Witzenhausen
K. G. Kiesinger MdB	Wilhelmshaven
Minister Dr. Schröder	Velbert
Minister Strauß	Schwelm
Minister Storch	Velbert
Minister a. D. Kraft	Stadtlohn
Minister Dr. Wuermeling	Ibbenbüren
Minister Dr. Osterloh	Kempen
Minister Lemmer	Biblis
Minister Dr. Lübke	Wiesloch
Dr. Hellwig MdB	Breisach
	St. Georgen
	Niebüll,
	Schleswig
	Wildeshausen
	Neuwied

31. August 1957

Minister Dr. von Brentano	Schramberg
Minister Prof. Erhard	Pirmasens, Neustadt
Ministerpräsident von Hassel	Alsfeld, Rotenburg/ Fulda
K. G. Kiesinger MdB	Itzehoe, Marne
Minister Dr. Schröder	Eberbach
Minister Strauß	Weinheim
Minister Storch	Emsdetten, Meppen
Minister a. D. Kraft	Geldern
Minister Dr. Osterloh	Sinsheim, Gaggenau
Minister Lemmer	Uetersen, Rendsburg
Minister Dr. Lübke	Jever
Dr. Hellwig MdB	Emden

1. September 1957

Bundeskanzler Dr. Adenauer	Recklinghausen
Minister Dr. von Brentano	Schwäb. Hall
Minister Prof. Erhard	Ludwigshafen, Frankenthal
Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier	Ulm
Ministerpräsident a. D. Arnold	Walsum
K. G. Kiesinger MdB	Husum
Minister Strauß	Eckernförde
Minister Storch	Eichstätt, Gunzenhausen
Minister Dr. Osterloh	Gelsenkirchen
Minister Lemmer	Baiersbrunn, Naqold
Dr. Hellwig, MdB	Lübeck
	Kaltenkirchen
	Heide
	Saarbrücken
	Völklingen

2. September 1957

Bundeskanzler Dr. Adenauer	Essen (Frauenvers.)
-------------------------------	------------------------

Ministerpräsident a. D. Arnold	Würselen
Ministerpräsident von Hassel	Beckum, Kamen
K. G. Kiesinger MdB	Soest
Minister Dr. Schröder	Neuiges
Minister Strauß	Garmisch, Mittenwald
Minister a. D. Kraft	Duisburg
Minister Dr. Osterloh	Oberndorf
Minister Lemmer	Krs. Rottweil
	Krefeld, Uerdingen

Landeslisten der Union

Die CDU hat in den Bundesländern ihre Landeslisten zur Bundestagswahl am 15. September 1957 aufgestellt. „Union in Deutschland“ bringt die Namen von Kandidaten, die von den Landesverbänden aufgestellt wurden.

Niedersachsen

Adolf Cillien, Oberkirchenrat, Hannover
Anton Storch, Bundesminister, Bonn
Dr. Else Brökelschen, Hausfrau, Goslar
Dr. Hermann Siemer, Landwirt, Deindrup
Ernst Kuntscher, Angestellter, Stade
Dr. Pascual Jordan, Universitätsprofessor, Hamburg
Dr. Theodor Oberländer, Bundesminister, Bonn
Dr. Hermann Conring, Landrat a. D., Weener
Wilhelm Brese, Landrat, Marwede
Krs. Celle
Fritz Mensing, Fleischermeister, Hameln
Hellmuth Heye, Vizeadmiral a. D., Bremen
Franz Varelmann, Verwaltungsangestellter, Lohne
Rudolf Werner, Kaufmann, Hannover
Elisabeth Vietje, Rektorin, Hannover
Dr. Otto Müller-Haccius, Regierungspräsident a. D., Hameln
Dr. Siegfried Mörchel, Arzt, Salzgitter-Lebenstedt
Dr. Walter Pflaumbaum, Landwirt, Addenstorf Krs. Ulzen
Dr. Heinrich Lindenberg, Wirtschaftsjurist, Bad-Harzburg
Alfred Burgemeister, Kaufmann, Schöningen
Karl Pelte, Abteilungsleiter, Wilhelmshaven
Günther Stucke, Oberregierungsrat z. Wv., Bramsche
Edelhard Rock, Buchdruckereibesitzer, Groß-Denkte b. Wolfenbüttel
Johann Thies, Schulrat a. D., Verden (Aller)
Dr. Friedrich Sander, Rechtsanwalt und Notar, Hameln
Walter Lutz, Generalsekretär, Hannover

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Gesetz zum Artikel 131

Die 2. Novelle ist Grundlage zu einer letzten Bereinigung

Nach Verabschiedung des Bundesbesoldungsgesetzes und des Soldatenversorgungsgesetzes hat der Bundestag auch die Zweite Novelle zum Gesetz zu Art. 131 des Grundgesetzes verabschiedet. Für die Verbesserungen sind 200 Millionen DM vorgesehen. Nach dem Einspruch des Bundesrates muß sich der Bundestag noch einmal mit der Novelle beschäftigen.

In den letzten Ausgaben brachte „Union in Deutschland“ (Nr. 30, 31, 32, 33) einen Teil der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes zum Artikel 131. Nachstehend der Schluß des Berichts über die wesentlichen Punkte des Gesetzes:

Zum Problem der Waffen-SS

Der Beamtenrechtsausschuß kam zu der übereinstimmenden Auffassung, daß die SS-Verfügungstruppe, zu der auch die Totenkopfverbände gehörten, eine Parteigruppe der NSDAP war, so daß die Einbeziehung dieses Kreises in das Gesetz aus beamtenrechtlichen, nicht aus politischen Gründen, nicht erfolgen kann.

Der Begriff „Waffen-SS“ ist erstmals 1940 aufgetreten. Diese im Rahmen der damaligen Wehrmacht eingesetzten Verbände wurden im Kriege nicht mehr ausschließlich durch Freiwillige, sondern in beträchtlichem Umfange auch durch Wehrpflichtige ergänzt. Zu dieser Zeit wurden auch bei der Waffen-SS noch Verpflichtungen für einen berufsmäßigen Wehrdienst vorgenommen.

Bei der nunmehr vorgenommenen Lokierung des Stichtages vom 8. Mai 1945 werden die Berufssoldaten und ihre Hinterbliebenen, die bei Kriegsende wegen Dienstbeschädigung in den Ruhestand versetzt waren, auch ohne Erfüllung des Stichtages in das Gesetz einbezogen. Es ergab sich die Frage, ob eine solche Regelung nicht auch für berufsmäßige Angehörige der Waffen-SS gelten sollte, die allerdings nicht Freiwillige und nicht Angehörige einer Vorgängerorganisation sein durften.

Alle Parteien, mit Ausnahme der SPD, waren mit einer solchen Lösung einverstanden; der Beamtenrechtsausschuß entschied jedoch diese Frage nicht. Von allen Parteien außer der SPD wurde ein entsprechender Änderungsantrag zur zweiten Lesung im Plenum eingebracht. In der Debatte zeigte sich, daß dieser Antrag den Charakter einer Finanzvorlage hatte, so daß gemäß Paragraph 96 der Geschäftsordnung eine Überweisung an den Haushaltsausschuß hätte erfolgen müssen. Weiter erwies sich, daß die SPD

Nicht Reden entscheiden

BUNDESKANZLER DR. ADENAUER
ZU DEN VERTRIEBENEN UND
FLÜCHTLINGEN

Die Bundesregierung ist Sachwalterin und Treuhänderin der Vertriebenen und hat deren Anspruch auf die Heimat stets vertreten. Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß das Recht auf die Heimat gewahrt und das Selbstbestimmungsrecht gesichert wird.

Die Bundesregierung hat bewiesen, daß sie entsprechend der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 zwar bereit ist, für die Verständigung wirtschaftliche und finanzielle Opfer zu bringen, eine „Verzichtspolitik“ jedoch ablehnt.

Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen im Bereich der Bundesrepublik schmälert nicht den Rechtsanspruch auf die Heimat.

Die Eingliederung

Die Eingliederungsarbeit ist schwer. Ich lehne es ab, in dem Vertriebenen und Flüchtling ein Arbeitspotential zu sehen. Ich sehe vielmehr in ihnen den in unverdientem Unglück geratenen Deutschen, dem wir einen angemessenen Platz in unserer Sozialordnung geben müssen. Ich sehe in ihm auch einen Garanten unserer Freiheit. Wir sind den Vertriebenen, Flüchtlingen und Kriegsgefangenen auch dafür Dank schuldig, daß sie unserem Volke die Augen für das vor ihnen erlebte grausame System des Bolschewismus geöffnet haben.

Die Eigenart der Menschen des deutschen Ostens ist ein unveräußerlicher Teil des deutschen Wesens und der deutschen Kultur. Wir wünschen, daß diese Eigenart bleibt, um den Reichtum unseres geistigen und kulturellen Schaffens zu mehren.

Die aus der sowjetischen Besatzungszone Geflüchteten und die Spätaussiedler

Ich bekenne mich zu den rechtlichen, sittlichen und materiellen Pflichten, die wir gegenüber unseren Landsleuten in der Zone haben. Diese Pflichten sind nicht geringer gegenüber jenen Mitteldeutschen, die zu uns gekommen sind. Die deutsche Öffentlichkeit sollte die Volksabstimmung gegen die Unfreiheit, die täglich von 800 Mitteldeutschen vollzogen wird, besser werten. Jeder einzelne sollte die menschlichen und gesamtdeutschen Pflichten begreifen und wahrnehmen, die uns mit den Flüchtlingen und Spätaussiedlern gegeben sind. Die Maßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden verlieren an Kraft, wenn

sie nicht vom ganzen Volk getragen werden.

Die Aufgabe

Was wir erreicht haben, spricht für uns. Wir haben es aus der Kraft des ganzen deutschen Volkes und mit Hilfe der von der CDU entscheidend bestimmten Politik erreicht. Es geht darum diese Politik fortzusetzen und das Erreichte weder durch Experimente noch durch Lässigkeit zu gefährden.

Mit der 8. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, der 2. Novelle zum Bundesvertriebenengesetz, der Rentenreform, dem Häftlingshilfegesetz, der Novelle zum Bundesevakuierungsgesetz und der Erhöhung der Bundesmittel für die Unterbringung der Flüchtlinge und Aussiedler in Wohnungen hat der Bund große Hilfen gebracht. Alle diese Hilfen waren nur durch die Tat der stärksten Partei möglich.

Noch bleiben Aufgaben: Es gilt, die jetzt anlaufende Hauptentschädigung vorzufinanzieren, damit die Wartezeit erheblich abgekürzt werden kann. Es gilt, die Eingliederung der Bauern mit Hilfe eines langfristigen Planes zu steigern. Es gilt, die Lagerauflösung zu beenden. Es gilt, die mittelständischen Existenzen zu sichern und weitere zu schaffen. Das soll u. a. durch eine breite Streuung des Eigentums geschehen. Ich wehre mich gegen jede Sozialisierung, weil sie den Menschen in die Abhängigkeit von Staat und Funktionären treibt und damit dem Kollektivismus die Wege ebnet. Es gilt, mit Hilfe unserer Stellung und Wertung in der freien Welt nicht nur unsere Freiheit zu erhalten, sondern sie auch zu unseren unter Zwangsherrschaft lebenden Brüdern und Schwestern zu bringen. Die Wiedervereinigung darf nicht zu einer Ausweitung der bolschewistischen Macht oder zu einer Preisgabe von Grundrechten der Vertriebenen führen.

Unser großes Ziel ist die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Ihrer Verwirklichung dienen unser Sorgen und Handeln. Nicht Reden und Proklamationen entscheiden; auf die politische Folgerichtigkeit des Planes und Tuns kommt es an.

Recht auf die Heimat,
Selbstbestimmungsrecht,
Individuelle Eingliederung und
Existenzsicherung,
Wahrung der Freiheit,
Wiedervereinigung in Frieden und
Freiheit
sind die großen Aufgaben, die uns
verbinden und verpflichten.

Konrad Adenauer

bereit war, die gesamte Vorlage an dieser Frage scheitern zu lassen.

Aus Verantwortung gegenüber dem gesamten Kreis der unter das Gesetz fallenden Personen zog deshalb die CDU/CSU ihre Unterschrift unter dem Änderungsantrag zurück, um die Verabschiedung der Novelle zu sichern.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Eitzenberg, Bonn, Nassestr. 2, Tel. 519 15/19 - Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Tel. 2 31 40 - Bezugspreis: monatlich 1,- DM - Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postcheck-Konto Köln 36 531 Bankverein Westdeutschland, Bonn Nr. 7487 - Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Die Dreckschleuder

Der „faire“ Wahlkampf der SPD

„Der SPD-Vorstand stellte einmütig fest, daß die Sozialdemokratie hart aber sachlich die Auseinandersetzung mit den Regierungsparteien führen und sich nicht auf das niedrige Niveau begeben werde, mit dem Adenauer den Wahlkampf eingeleitet habe.“

Parlamentarisch-Politischer Pressedienst (SPD)
vom 14. 8. 1957

„Im gegenwärtigen Wahlkampf hat die CDU die ‚Dreckschleuder‘ bereits in Tätigkeit gesetzt. . .“

Schulrat Quer (SPD) auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Bad Sooden-Allendorfer am 17. März 1957

So sieht es in Wirklichkeit aus:

„Wer Adenauer wählt — verewigt die Spaltung Deutschlands!“

SPD-Zentralorgan „Vorwärts“,
16. August 1957

„Der CDU-Vorsitzende ist endlich beim Sprachschatz des SED-Ulbricht angelangt.“

SPD-Pressechef Fritz Heine laut
dpa, 3. August 1957

Aus Ulbrichts Reich

PROBLEME. Um eine möglichst große Zahl von Propagandisten mit wichtigen theoretischen Problemen vertraut zu machen, laufen gegenwärtig in den SED-Kreisparteischulen besondere Qualifikationslehrgänge. Beim Lehrgangsbeginn im Kreise Kottbus erschien in der Parteischule ein Teilnehmer.

MAISFIEBER. Im Zentralkomitee der SED ist ein regelrechtes „Maisfieber“ ausgebrochen, nachdem Chruschtschow während seines Besuches die stärkere Beachtung des Maisanbaues gewünscht hatte. „An der Maisfrage scheiden sich die Geister. Wer für Mais kämpft, kämpft auch für unsere Agrarpolitik“, stellte jetzt SED-Sekretär Mückenberger fest.

Flucht in die Freiheit

6271 Menschen verließen in der Woche vom 10. bis 16. August 1957 die Sowjetzone und meldeten sich als Flüchtlinge in der Bundesrepublik und West-Berlin. Unter ihnen befanden sich 1373 Alleinstehende bis zu 24 Jahren. Damit hat die Zahl der Flüchtlinge noch erheblich den schon in der vorigen Woche erreichten Höchststand überschritten.

„Der Bundeskanzler und seine Partei treiben, um der Erhaltung ihrer Macht willen ein frevelhaftes Spiel. Hemmungslos verschleiern sie die Wirklichkeiten. Sie stützen sich in der Täuschung des deutschen Volkes auf berüchtigte Vorbilder. Deshalb warnt die Sozialdemokratie: Wer Adenauer und seine Partei wählt, entscheidet sich für die endgültige Spaltung unseres Vaterlandes, für Atombomben und Atomtod.“

„Hamburger Echo“ (SPD),
17. August 1957

„Wie Dolche stechen seine (des Bundeskanzlers d. Red.) rheinisch gefärbten Worte in den Äther. Sie sind ohne Geist, und selbst ohne Logik, aber trafen dafür von christlichem Haß. Und darauf kommt es schließlich an. CDU-Wahlkampfstil 1957. Eine Verleumdung, die hundertmal wiederholt wird, ist keine Verleumdung mehr, sondern eine Wahrheit. Dieses goldene Rezept hat schon Hitler zum Siege verholfen. Adenauer rechnet damit, daß es auch ihn ein weiteres Mal in den Sattel heben wird. Die alleinseligmachende Kirche kann für fromme Lügen Absolution erteilen. CDU-Wahlkampftechnik 1957. Auch der Teufel dient schließlich der höheren Ehre Gottes.“

Süd-West-Rundschau (SPD),
17. August 1957

„Wenn die CDU-Politik fortgeführt wird, gibt es keine Wiedervereinigung Deutschlands, muß das deutsche Volk den Marsch in den Abgrund der geistigen Unfreiheit antreten. Adenauers Bundesgenossen sind führende SED-Funktionäre, die katholische Geistlichkeit und die In-

dustriearbeiter an der Ruhr. Die Lebensversicherung heißt Ulbricht-Adenauer. Adenauer sagt, Politik verdirbt den Charakter. Es muß vielmehr heißen, schlechte Charaktere verderben die Politik. Konrad Adenauer ist das Musterbeispiel eines schlechten Charakters.“

SPD-Bundestagsabgeordneter Reinhold Rehs am 9. August 1957 in Eutin, nach dem Bericht eines Versammlungsteilnehmers

Der ewige Widerspruch

„Falls die SPD nach dem 15. September an die Regierung komme, werde sie an den Verträgen mit den Westmächten festhalten, sie werde also auch Mitglied der NATO bleiben. Denn wer Verträge zerreiße, treibe Hitlersche Außenpolitik.“

MdB Erler (SPD) laut „Offenburger-Tageblatt“ vom 15. August 1957

„Wer von dieser Wahl ein Bekenntnis der Mehrheit zur NATO fordert, der wolle nicht die Einheit, sondern trotz aller gegenteiligen Beteuerungen die Fortdauer der Spaltung Deutschlands.“

Ollenhauer vor Journalisten in Bonn, dpa vom 18. 8. 1957

Der Hersfelder Wahlkreiskandidat der Sozialdemokraten, Botschafter a. D. Wilhelm Meyer, nannte die CDU-Forderung, daß die Bundesrepublik unter allen Umständen in der NATO bleiben muß, die größte außenpolitische Gefahr für Deutschland. Die deutsche Diplomatie müsse dem Westen klarmachen, daß Deutschlands Ausscheiden aus der NATO den größten überhaupt denkbaren Beitrag zur Entspannung in der Welt liefern würde.

dpa, 18. August 1957

Die alte Frage bleibt: Wie steht die SPD zur NATO?

Hier spricht die CDU/CSU

27. 8. 57	20.20 Uhr	F Fernsehen (Köln)	Dr. Heinrich von Brentano
	19.00 Uhr	R Südd. Rundfunk	D. Dr. Eugen Gerstenmaier
	19.55 Uhr	R Südwestfunk	Dr. Bruno Heck
	22.05 Uhr	R NDR/WDR	D. Dr. Eugen Gerstenmaier
28. 8. 57	20.00 Uhr	R Bayer. Rdf. MW	Hans Schütz (CSU)
29. 8. 57	20.15 Uhr	F Fernsehen (Hamburg)	Kurt G. Kiesinger
	12.55 Uhr	R Südwestfunk	Gespräch
	19.40 Uhr	R NDR/UKW Hamburg	Dr. Struve
	19.55 Uhr	R Südd. Rundfunk	Dr. Heinrich von Brentano
30. 8. 57	18.55 Uhr	R NDR/WDR	Gespräch
	19.00 Uhr	R Südd. Rundfunk	Gespräch
	19.00 Uhr	R Saarl. Rundfunk	
	19.15 Uhr	R Radio Bremen	Karl Krammig
	19.20 Uhr	R Hess. Rundfunk	Prof. Erhard
	19.30 Uhr	R SWF/UKW Mainz	Josef Schlick
	19.30 Uhr	R SWF/UKW Tübingen, Freiburg	Bernhard Bauknecht
	19.40 Uhr	R NDR/UKW Hannover	Dr. Fricke
	19.55 Uhr	R WDR/UKW	Dr. Hellwig
	21.00 Uhr	R Südwestfunk	Parteiengespräch
	20.00 Uhr	R Bayer. Rdf. MW	Dr. Richard Jaeger (CSU)
2. 9. 57	19.55 Uhr	R Südwestfunk	Dr. Konrad Adenauer
	22.00 Uhr	R NDR/WDR	Dr. Konrad Adenauer

Abkürzungen: R = Rundfunksendung, F = Fernsehsendung, NDR = Norddeutscher Rundfunk, WDR = Westdeutscher Rundfunk, Südd. Rundfunk = Süddeutscher Rundfunk (Stuttgart), Hess. Rundfunk = Hessischer Rundfunk (Frankfurt), Bayer. Rdf. MW = Bayerischer Rundfunk Mittelwelle, SWF = Südwestfunk, UKW = Ultrakurzwellenprogramm (2. Programm).